

Kieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt Nr. 20.

Das Kieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonton: Dresden 1800
Circulasse Riesa Nr. 52.

Donnerstag, 5. Juli 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juli 1923: 1,50 Mark. Einmalige Druckerlohn. Für den Fall von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die 30 mm breite, 8 mm hohe Zeile (8 Silben) 1000. — Markt, getraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 400. — Markt. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt in den Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler“ an den Abonnenten. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Wittwoch, den 11. Juli 1923, vormittags 9 Uhr öffentliche Bezirksauschussitzung

in Großenhain, am 3. Juli 1923.
Amtshauptmannschaft.
Die Sitzung vom 1. März 1923 ab festgelegten, in Nr. 58 der Sachlichen veröffentlichten Ortspreise für den Wert der Sach.

Besitze werden mit Wirkung vom 2. Juli 1923 ab verdreifacht, die Säge der Deputats verdoppelt. Ferner werden ab 2. Juli 1923, die in der gleichen Ausgabe der Sachlichen Staatszeitung bekanntgegebenen Ortslöhne auf den 20fachen Betrag, und der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter auf den 22fachen Betrag erhöht.

Großenhain und Riesa, am 5. Juli 1923.
Die Amtshauptmannschaft
und die Stadträte zu Riesa und Großenhain als Versicherungsdämter.

Antwort — auch eine Antwort.

In Wochen drängt die englische Regierung auf die Beendigung der Verhandlungen über die Art, wie man die Beendigung des Ruhrüberfalls denkt. Wärtigen Lage ist der Pariser Regierung naturgemäß eine Beschränkung der Reparationsforderungen ein Wortnebel zu verbreiten, aus dem kaum zu sehen ist, unter welchen Bedingungen die Armee vielleicht einmal wieder das Rheinland verlassen wird. In England ist man, ungeachtet der natürlichen Neigung zu der Erwähnung, daß die sogenannte Reparationsforderung im Zusammenhang mit der Ausfuhr steht. Der Gedanke, der den Zweck der Vermittlung vertritt, ist in erster Linie in der englischen Delegation Frankreichs politische Ziele seines Grundgedanken der Antwort durch Frankreich hat die Naturgemäßheit stark gesteigert. Frankreich ist allen Mitteln, Deutschland, d. h. den Weltmarkt, völlig niederzuschlagen, bevor die mit den anderen Mächten beginnen. Die englische, schriftlich gestellten Fragen würde falls erwidern.

Im letzten Tagen schweres und unangenehm, um die Verantwortung nach sich zu ziehen, um die Verantwortlichkeit im Blatt. Die Donnerstagsmorgen mehr oder weniger oft, die dadurch nicht von ihrem Stimmungsgehalt die nachträglich demontiert werden. Das gleiche Wirkungsfeld zeigt sich nun auch in der französischen Delegation. Die englische Delegation hat bisher die greifbaren Vorurteile bekräftigt. Aus der Londoner Blätter läßt sich aber ohne Zweifel, daß die Erklärungen des französischen in sehr allgemeiner Form abgegeben worden. Insbesondere auf den Fragen des englischen eine Antwort erfolgt ist. Der französische hat erklärt, was er unter „unabhängiger Meinung“, „Kollektiver Meinung“ und „Aufsicht“ versteht. Die Unterredung ist worden ist durch einen Bericht des Vorgesetzten, hat also keine Antwort gebracht. Aber in diesem Falle auch eine Antwort, genau, woran es mit Frankreich in der nun auch gewisse Zettlungsstimmungen in einem sich die der Schwerindustrielektrole befindet, durch scheinbare Nachgiebiges Gegenüber zwischen England und Frankreich, so dürfte kaum ein Zweifel eine etwaige schriftliche Antwort, falls ebenso die Dinge verschleiern wird.

Was unter Einstellung des passiven Widerstandes zu verstehen ist, und Punkt 2: Abänderung des bisherigen Besetzungsregimes im Falle der Einstellung des passiven Widerstandes und allmähliche Räumung des Ruhrgebietes des an Frankreich gerichteten britischen Fragebogens sich in mündlicher und unformeller Weise zu äußern. Es sei vielleicht bemerkenswert, daß der Vorkämpfer sich nicht mit dem mittleren Teil der Frageliste — produktive Pfländer: Bergwerke, Eisenbahnen usw. — befaßt habe, offenbar weil er bereits früher die belgischen technischen Zeitschriften über diese Fragen überreicht habe. Diese handeln nicht von britischen Pfländern, sondern von allgemeinen Hilfsquellen und Zahlungsgarantien. Die belgische Regierung hat sich also an diesem in diesem Punkte an die „verständlichen und soliden Darlegungen dieser Sachverständigen“. Bezüglich 1 und 2 scheint die belgische Auffassung ungefähr mit der Pariser Vereinbarung übereinzustimmen; Zurückziehung des Verbots der Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden, Straßensperren, Zurückziehung der entsprechenden Anweisungen durch die deutschen Provinzial- und Gemeindebehörden. Ueber die unrichtige Besetzung und die allmähliche Räumung seien die belgischen Mitteilungen weniger deutlich und schienen mit den französischen vorher in Uebereinstimmung gebracht worden zu sein. Der Vorkämpfer habe erklärt, darüber könne erst entschieden werden, wenn die Haltung der deutschen Regierung und Bevölkerung klar sei.

Die Besprechungen beim Reichskanzler.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags fand noch eine weitere Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Cuno und dem belgischen Minister Nuntius Vercell statt. Der Vertreter des belgischen Vaters brachte den Wunsch des Vaters zum Ausdruck, daß die Regierung sich gegen die Sabotageakte wenden möchte. Die Reichsregierung ist umso eher in der Lage, diesem Wunsch zu entsprechen, als gerade der Reichskanzler sich zu wiederholten Malen gegen diese Akte ausgesprochen hat. Heute wird eine neue Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Cuno und dem Nuntius Vercell stattfinden. — Gestern wurden auch die Führer der Sozialdemokratie, der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Deutschnationalen vom Reichskanzler und dem Außenminister empfangen. In den Besprechungen über die außenpolitische Lage wurden auch die Fragen, die mit dem pöhlischen Nuntius besprochen wurden, erörtert. Es ist damit zu rechnen, daß die Regierung sich wahrscheinlich in einer offiziellen Veröffentlichung durch die Presse gegen Sabotageakte wenden wird. Gleichzeitig werden auch die rheinischen Abgeordneten, voraussichtlich mit Ausnahme der deutschnationalen Abgeordneten, eine ähnliche Erklärung abgeben. Innerhalb der Sozialdemokratie war der Wunsch nach einer außenpolitischen Aussprache im Reichstage nach vor Beginn der Ferien laut geworden. Der Reichskanzler machte die Führer der Fraktionen auf die außenpolitischen Folgen aufmerksam. Heute wird in einer Sitzung darüber entschieden werden, ob auch die sozialdemokratische Fraktion sich die Ansicht ihrer Führer, die der Meinung des Reichskanzlers sich nicht verschließen konnten, zu eigen macht. In den Besprechungen war von dem Abg. Dr. Stresemann der Vorschlag gemacht worden, den Reichskanzler oder auch den Außenminister über die mit Vercell verhandelten Fragen in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages sprechen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung abgelehnt. Auch wünscht der Reichskanzler keine groß angelegte interpolitische Aussprache, die sich heute oder morgen im Reichstage bei der Erörterung der Stenerverordnungen entspinnen könnte.

Besprechungen zur Lohnfrage.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm gestern in einer Sitzung zur Lohnfrage eine Resolution an, in der es heißt: Der Ausschuss empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohns am Zahlungstag ist eine amtliche Wechsler einzuführen, die die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Wechsler muß wöchentlich festgestellt und möglichst kurz vor dem Lohnzuge im ganzen Reich veröffentlicht werden. Die Anwendung der amtlichen Wechsler auf die Erhöhung der Löhne ist möglichst durch zentrale Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angestellten zu sichern. Für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe fordert der Bundesausschuss die sofortige Anwendung durch Gesetz oder Verordnung.

Schaffung eines Wochenindex? Die ungeheure Markverflechtung der letzten Tage hat den Lebensmittelpreis- und -indexhandel veranlaßt, über die Frage der Schaffung eines Wochenindex und für die Festlegung der Lebensmittelpreise zu beraten. Voraussetzung für solche Maßnahmen würde sein, daß die Bevölkerung aller Schichten in ihrem Einkommen ebenfalls auf Grund der kurzfristigen Indexberechnung ansteigert wird.

Die Londoner Botschafterbesprechungen.

Die Londoner Botschafterbesprechungen sind am gestrigen Mittwoch im wesentlichen abgehalten worden. Die Besprechungen, wie verläutet, über den Inhalt der Besprechungen und dem belgischen dem französischen und dem belgischen dem englischen Stillschweigen beobachtet. Eine Note des Reuterschen Bureaus betont die Zurückhaltung mit folgender Begründung: Die Besprechungen sind so gestaltet, daß die gegenseitigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten hervorgehoben werden können. Es werde im wesentlichen niemals wünschenswerter zweifelsfrei, die Tatsache zu verheimlichen sei und daß die gegenwärtigen heftigen Verhandlungen für die englischen Mächte haben. Es sei zwar keine weitere Besprechung mit dem französischen Vorgesetzten, doch könne man aus dieser Besprechung keine weitere Zusammenkunft Tatsächlich sei es wahrscheinlich, daß die Curzon als nicht genügend Informationen senden werde. Die Unterredung, die der französische Vorgesetzte über die Ruhrfrage hatte, eine Folge der Besprechungen wurde erg. über die Besprechungen angegeben. Tatsächlich Quelle verläutet, daß die Besprechung behandelt habe und unter keinerlei Dokumente über-

Die belgische Antwort.

Curzon mit dem belgischen Botschafter gibt der Korrespondent Reuters und Vascor hätten den Inhalt der Besprechung des Punktes 1:

Schwerste Verkehrsperre über Gladbeck.

Ohne daß vorher irgend eine Ankündigung erfolgte, verhängten die belgischen Besatzungsbehörden nachmittags gegen fünf Uhr eine neue scharfe Verkehrsperre über Gladbeck. Belgische Soldaten zogen in Trupps durch die Straßen und schloßen sämtliche Wirtschaften sowie sonstige Verkaufsstellen. Die Straßenbahnlinien mußten den Verkehr einstellen und durften nicht einmal die Wagen in die Depots zurückbringen. Der Grund für diese neue Verkehrsperre ist nicht angegeben worden. Angeblich soll der belgische Stadtkommandant auf der Straße angetroffen worden sein.

Englische Grenzverkehrsleistungen. Seitens der englischen Besatzung wird auf die französischen Kontrollstellen dahin gewirkt, daß Personen mit dem englischen Passivum die Reise aus dem englischen Besetzten Gebiet ins französische besetzte Gebiet gestattet wird. Zahlreiche Personen haben bereits mit dem englischen Passivum die Sperre passieren können. Der Güter- und Lebensmittelfahrt ist bei den Kontrollstellen und im Grenzgebiet noch regelmäßig. Von jetzt ab wird auch den Bergarbeitern die Ein- und Ausreise über die Grenze zur Erreichung ihrer Arbeitsstellen verboten.

Auch der Personenverkehr auf dem Wasserwege verboten. Wie die „Reinisch-Weinische Zeitung“ aus Duisburg meldet, ist der Verordnung des kommandierenden Generals der Besatzungstruppen über Verkehrsbeschränkungen nach dem Verbot des gesamten Personenverkehrs auf dem Wasserwege innerhalb des Brückenkopfes Duisburg hinzugefügt worden. Die Schiffe dürfen nur Mannschaften und keine anderen Fahrgäste an Bord haben. Die Bestimmungen der Verordnung wurden auch auf den Teil von Duisburg, der innerhalb des Brückenkopfes Duisburg liegt, ausgedehnt.

Zuchthaus für Grenzübertreuer. Die Absperrung im Offenburger-Regier-Revier wird streng durchgeführt. An der Grenze sind Plakate angebracht, wonach schon die Annäherung an die Grenze strafbar ist und zwar werden männliche Personen mit lebenslänglicher Zwangsarbeit und weibliche Personen mit zehn Millionen Mark Geldstrafe bestraft.

Ein Schüler erschossen. Beim Ueberschreiten der Grenze in der Nähe von Dornau wurde ein dreizehnjähriger Schüler aus dem besetzten Gebiet erschossen.

Duisburg soll 30 Milliarden „Buße“ zahlen. Gavas meldet aus Kachen: Wegen der Duisburger Exposition wurde im Einvernehmen mit dem belgischen Kriegsminister die Stadt Duisburg mit einer Geldbuße von 30 Milliarden Mark bestraft.

Der Straßenbahnverkehr wird verboten. Da die von den Franzosen im besetzten Gebiet in Betrieb genommenen Eisenbahnen sehr wenig benutzt werden, hat der kommandierende General Degoutte die bereits angeordnete einseitige Verfügung über die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs erlassen.

Neue Verhaftungen. Wegen Sabotageverdachts verhafteten die Franzosen am 3. Juli in Witten sechs Personen, und zwar Postbeamte sowie einen Telegraphenbahnführer.

Die Leiche für Karl. Die Leiche des Monteurs Anidmann ist in der Steppe gefunden worden. Bekanntlich hat Anidmann vor vierzehn Tagen drei Mann einer belgischen Patrouille bei Karl erschossen. Auf der Flucht wurde er angehalten. Er ertrank bei dem Versuch, den Fluß zu durchschwimmen, während es seinem Begleiter Jaguin gelang, zu entkommen. Jaguin hat sich inzwischen in Münster gestellt; die Belgier verlangen seine Auslieferung. Nachdem jetzt die Leiche Anidmanns gefunden worden ist, sind seine Angehörigen, seine Mutter und seine Schwester, aus dem Gefängnis entlassen worden, wo sie 14 Tage zubringen mußten. Die Leiche soll nach Zierfode gebracht worden sein.

140 Zollbeamte werden mit Familien ausgewiesen. Am 3. Juni ließ General Degoutte in Düsseldorf einen Aufruf anschlagen, in dem er die Zollbeamten aufforderte, sich innerhalb 48 Stunden zur Aufnahme des Dienstes unter französischer Aufsicht zu melden. Für den Fall der Weigerung machte er große Verheißungen, im Weigerungsfalle drohte er ihre Ausweisung an. Es meldete sich keiner. Daraufhin sollen nunmehr 140 Zollbeamte ausgewiesen werden. Der erste Transport von 13 Beamten ist bereits in Elberfeld angekommen, der zweite Transport ist unterwegs. Die Familien müssen binnen vier Tagen folgen und den ganzen Hausrat, der beschlagnahmt ist, zurücklassen.

Poincaré — der Heuchler.

Am gestrigen Nationalfeiertag der Amerikaner wurde in Paris ein Denkmal für die amerikanischen Kriegsveteranen enthüllt. General Poincaré rühmte das Andenken der amerikanischen Soldaten, die durch ihren Gehorsam der französischen Republik hundertfach die Dienste geleistet hätten.